



Aktueller Begriff

Vor 25 Jahren: Die einzige frei gewählte Volkskammer der DDR

Mit den ersten freien DDR-Volkskammerwahlen am 18. März 1990 gelang gut vier Monate nach dem Fall der Berliner Mauer der friedliche Machtwechsel zu einer parlamentarischen Demokratie. Die ursprünglich auf Mai terminierte Wahl war wegen der wachsenden Unruhe in der Bevölkerung vorgezogen worden. Die Wahlbeteiligung betrug 93,4 Prozent. Als Siegerin ging – entgegen den Voraussagen der Demoskopien – mit 48 Prozent die Allianz für Deutschland hervor, die sich aus der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU), der Deutschen Sozialen Union (DSU) und dem Demokratischen Aufbruch (DA) zusammensetzte. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) kam auf 21,9 Prozent. Es folgten die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) mit 16,4 Prozent, der Bund Freier Demokraten mit 5,3 Prozent und Bündnis 90 mit 2,9 Prozent. Bei der nach einem reinen Verhältniswahlrecht ohne Sperrklauseln durchgeführten Wahl bekamen zudem fünf weitere Parteien bzw. Listenverbindungen Mandate in der Volkskammer. Am 12. April 1990 wählte die Volkskammer den CDU-Politiker Lothar de Maizière zum ersten demokratisch legitimierten DDR-Ministerpräsidenten.

Der Wahlausgang vom 18. März 1990 wurde als deutliches Votum der Bevölkerung für einen schnell zu vollziehenden deutschen Einigungsprozess gewertet. Drei Viertel der Stimmen waren auf Parteien entfallen, die einen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes befürworteten. Dagegen war das Wahlergebnis für zuvor maßgebliche Akteure der Friedlichen Revolution enttäuschend: Lediglich sechs Prozent der Stimmen waren auf Parteien und Gruppen entfallen, die aus der oppositionellen Bürgerbewegung hervorgegangen waren. Nur 2,9 Prozent der Wähler stimmten für das Bündnis 90, den Zusammenschluss von Neuem Forum, Demokratie Jetzt und der Initiative Frieden und Menschenrechte.

In den kommenden sechs Monaten bewältigten die neu gewählten 409 Abgeordneten ein beeindruckendes Arbeitspensum. Obwohl sie zunächst weder über ausreichende Büroausstattungen verfügten noch von einer funktionierenden Parlamentsverwaltung unterstützt wurden, hielten sie 38 Sitzungen ab. Sie berieten und verabschiedeten dabei 164 Gesetze und 93 Beschlüsse. In dem Wiedervereinigungsprozess sorgten die Abgeordneten dafür, dass die Perspektiven und Interessen der ostdeutschen Bevölkerung bei den Beratungen eingebracht und vertreten wurden. Zu den wichtigsten Gesetzen gehörten:

- das Gesetz zum Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland vom 21. Juni 1990.

- das Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik vom 22. Juli 1990, mit dem die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen gebildet wurden. Damit war eine wichtige Voraussetzung für einen Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes geschaffen.
- das Gesetz über die Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Daten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit vom 24. August 1990.
- das Gesetz zum Vertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 20. September 1990, der auf mehr als 900 Seiten die Modalitäten des Beitritts der DDR regelte.

Zwar gab es ein spannungsgeladenes Verhältnis zwischen den meisten Parteien und Bürgerbewegungen und der ehemaligen SED, die bei den Volkskammerwahlen am 18. März 1990 unter ihrem neuen Namen PDS - Partei des Demokratischen Sozialismus angetreten war. Doch zeichneten sich die Abgeordneten der Volkskammer durch ein stark ausgeprägtes Bestreben zum parteiübergreifenden Konsens aus. Bundestagspräsident Norbert Lammert würdigte anlässlich des 20. Jahrestages der Volkskammerwahl das erste und einzige frei gewählte Parlament der DDR: „Die 10. Volkskammer ist sicher nicht nur eines der fleißigsten, sondern auch eines der wirkungsmächtigsten Parlamente in der deutschen Demokratie- und Parlamentarismusgeschichte gewesen. (...) Dass die Abgeordneten dabei um Dialog und Konsens bemüht waren, erschien westlichen Beobachtern oft als ungewöhnlich.“

Die Abgeordneten der Volkskammer ließen keineswegs alle Vorlagen der Regierung unverändert passieren. So ergänzten sie den von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der DDR um ein Staatsziel, den Schutz der Umwelt. Selbstbewusst schalteten sie sich in die Regierungsverhandlungen zur Übernahme des Stasi-Unterlagen-Gesetzes in den Einigungsvertrag ein. Dabei setzten sie eine Zusatzvereinbarung zum Einigungsvertrag durch, nach der der Deutsche Bundestag nach der Wiedervereinigung ein Gesetz zum Umgang mit den Stasi-Akten schaffen und einen "Sonderbeauftragten für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR" einsetzen sollte.

In einer Sondersitzung in der Nacht vom 22. auf den 23. August 1990 beschloss die Volkskammer mit 294 Stimmen, bei 62 Nein-Stimmen und sieben Enthaltungen, den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes nach Artikel 23 GG zum 3. Oktober 1990.

Am 2. Oktober 1990 fand die letzte Sitzung der Volkskammer statt. Am 4. Oktober trat der Deutsche Bundestag erstmals als gesamtdeutsches Parlament im Reichstagsgebäude in Berlin zusammen. Unter den Abgeordneten waren 144 vormalige Mitglieder der Volkskammer. Diese im Einigungsvertrag festgehaltene Regelung galt nur bis zur Konstituierung eines neuen Bundestages, für den Wahlen auf den 2. Dezember 1990 anberaumt waren.

Quellen:

- Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung, München 2009.
- Trampe, Andreas: 25 Jahre Friedliche Revolution in der DDR. Die Selbstbefreiung der Ostdeutschen von der Diktatur.
- Infobrief WD 1 – 3010 – 160/14 vom 4. November 2014 http://www.bundestag.btg/ButagVerw/W/Ausarbeitungen/Einzelpublikationen/Ablage/2014/25_Jahre_Friedli_1415365826.pdf
- Weidenfeld, Werner/Korte, Karl-Rudolf (Hrsg.): Handbuch zur deutschen Einheit, Frankfurt/Main, 1999.